

Chronologie

März / April 2008*

März

1.3. Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS und seine Tochtergesellschaft Airbus erhalten überraschend den Zuschlag der US-Luftwaffe für die Lieferung von 179 Tankflugzeugen. Damit setzen sie sich gegen den US-Konkurrenten Boeing durch. Das Volumen des Auftrags liegt bei ungefähr 40 Milliarden Euro.

1.3. Im Skandal um den ehemaligen Präsidenten des Verbands der Arbeitgeber der Metallindustrie UIMM, Denis Gautier-Sauvagnac, gegen den seit Januar 2008 wegen Veruntreuung von Geldern ermittelt wird, fordert die Präsidentin des Dachverbandes der Arbeitnehmerorganisationen Medef, Laurence Parisot, die Vertreter der UIMM in den Gremien des Medef zum Rücktritt auf. Sie reagiert damit auf die Tatsache, dass Gautier-Sauvagnac nach Informationen des Magazins *Marianne* trotz der Ermittlungen von der UIMM eine Abfindung in Höhe von 1,5 Millionen Euro erhalten soll. Außerdem war ihm zugestanden worden, dass die UIMM alle entstehenden Strafgebühren übernehme.

3.3. Staatspräsident Nicolas Sarkozy eröffnet gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel die IT-Messe CeBit in Hannover. Im Anschluss kommen die beiden Staatshäupter zu einem Arbeitssessen zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche steht das französische Projekt einer Mittelmeerunion, an dem Deutschland immer wieder Kritik geübt hatte. Das Treffen soll zur Findung einer gemeinsamen Position Deutschlands und Frankreichs in der Frage der Mittelmeerunion beitragen. Innerhalb kurzer Zeit waren vor dem Treffen in

Hannover von französischer Seite zwei deutsch-französische Treffen abgesagt worden, was zu Irritationen in der Presse geführt hatte.

5.3. Die sudanesischen Behörden melden, dass ein seit dem Vortag vermisster französischer Soldat der UN-Truppe EUFOR tot aufgefunden worden sei. Der Adjutant hatte gemeinsam mit einem Kollegen unabsichtlich vom Tschad aus die Grenze zum Sudan überschritten. Ihr Auto war daraufhin vermutlich von sudanesischen Soldaten beschossen worden. Der begleitende Sergeant war verletzt gerettet worden. Es handelt sich um den ersten folgenschweren Zwischenfall im Rahmen der europäischen Friedensmission im Tschad, die in der Krisenregion an der Grenze zum Sudan Flüchtlinge betreuen soll.

6.3. In einem Interview mit der Zeitung *Le Figaro* nennt Staatspräsident Sarkozy erste Details über eine Umgestaltung des Projekts der Mittelmeerunion, auf die er sich bei seinem Treffen am 3. März mit Bundeskanzlerin Merkel geeinigt hatte. Hierzu zählt unter anderem die Einbeziehung aller EU-Staaten, statt, wie im ursprünglichen französischen Vorschlag vorgesehen, nur der Mittelmeeranrainerstaaten. Darüber hinaus soll es eine Doppelspitze der Union geben, die sich aus einem Vertreter der EU-Staaten und einem Vertreter der nichteuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten zusammensetzt. Auch Gipfeltreffen der Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Mittelmeerunion im Zweijahresrhythmus sind vorgesehen. Nach länger andauernden Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich in der Frage der Mittelmeerpolitik betont Sarkozy, Merkel und er arbeiteten nun „Hand in Hand“.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

8.3. Am Internationalen Frauentag fordert Staatspräsident Sarkozy eine Angleichung der Gehälter von Frauen und Männern. Nach Angaben des Statistikinstituts Insee hatten Frauen im Jahr 2006 in Frankreich für gleiche Arbeitszeit durchschnittlich 18,9 % weniger verdient als Männer. Sarkozy kündigt an, im Jahr 2009 Vorschläge für finanzielle Sanktionen gegen Unternehmen, die ungleiche Gehälter an weibliche und männliche Arbeitnehmer zahlen, im Parlament einzubringen.

9.3. Beim ersten Wahlgang der Kommunal- und Regionalwahlen muss die Regierungspartei UMP deutliche Verluste hinnehmen. Vor allem in mehreren Großstädten, darunter Straßburg und Marseille, können die oppositionellen Sozialisten Stimmen hinzugewinnen. In der Gesamtzahl der Stimmen überholt das linke Lager dabei knapp das rechte Lager. Die Zentrumspar- tei MoDem erreicht im landesweiten Durchschnitt nur knapp über 3 %. In mehreren Städten wird der Amtsinhaber bereits im ersten Wahlgang als Bürgermeister bestätigt, so beispielsweise Alain Juppé in Bordeaux. Die Wahlbeteiligung liegt bei 66,5 %. Auch 22 Minister des aktuellen Kabinetts stellen sich auf Kommunal- listen zur Wahl.

10.3. Der israelische Präsident Shimon Peres trifft zu einem fünftägigen Besuch in Paris ein. Bei einem Gespräch im Elysée-Palast fordert Staatspräsident Sarkozy die Errichtung eines palästinensischen Staates bis Ende des Jahres 2008. Er kritisiert die jüngste Initiative Israels zum Bau neuer Siedlungen im Westjordanland. Über die Gespräche mit politischen Vertretern hinaus besucht Peres im Rahmen seines Aufenthalts die Pariser Buchmesse, deren diesjähriges Gastland Israel ist.

11.3. Außenminister Kouchner und Verteidigungs- minister Morin treffen in Paris im Rahmen des franzö- sisch-russischen Verteidigungskooperationsrates mit ih- ren russischen Amtskollegen Lavrov und Serdioukov zusammen. Kouchner betont den Willen Frankreichs zum Aufbau einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union. Im Zentrum der Gespräche stehen die Beziehung zwischen Russland und der NATO sowie die Beteiligung Russlands an der im Tschad stationierten EUFOR-Truppe.

13.3. Bei einem EU-Gipfeltreffen in Brüssel stimmen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaa- ten dem Projekt einer „Union für das Mittelmeer“ zu, dessen Grundzüge Staatspräsident Sarkozy gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel vor der Abstimmung im Rahmen des Gipfeltreffens präsentiert hatte. Das vorge- legte Projekt ist eine stark veränderte Version des ur- sprünglichen französischen Vorschlags einer von der EU unabhängigen Mittelmeerunion zwischen den Mittelmeeranrainerstaaten. Das nun geplante Projekt soll im Rahmen der EU verbleiben und in erster Linie eine Reaktivierung der Mittelmeerpolitik der EU im Rahmen des Barcelona-Prozesses darstellen. Auf einem EU-Sondergipfel am 13. Juli soll das Projekt offiziell verabschiedet werden.

16.3. Beim zweiten Wahlgang der Kommunal- und Regionalwahlen verzeichnen linke Parteien deutliche Gewinne; in mehreren großen Städten, darunter Tou- louse und Straßburg, übernimmt die Linke die Kom- munalregierung. In Paris wird die PS-Regierung mit Bürgermeister Bertrand Delanoë im Amt bestätigt. Auch in anderen Städten wie Lyon oder Rennes vertei- digt die Linke ihre Mehrheit. Premierminister Fillon ge- steht die Niederlage des rechten Lagers ein, lehnt aber Rückschlüsse von der Kommunalwahl auf die nationa- le Politik ab und kündigt eine Fortsetzung des Reform- kurses an.

16.3. Der Verwaltungsrat der italienischen Fluggesell- schaft Alitalia, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, billigt das Kaufangebot der französisch-nie- derländischen Fluggesellschaft Air France-KLM. Der Kaufpreis soll bei 138 Millionen Euro liegen. Bedin- gungen für die Übernahme sind eine Einigung mit den Gewerkschaften sowie die Zustimmung der italieni- schen Regierung, die knapp 50 % der Anteile von Al- italia besitzt. In einem unverbindlichen Angebot hatte Air France-KLM im Jahr 2007 angekündigt, bis 2015 über sechs Milliarden Euro in das Unternehmen inve- stieren, zugleich jedoch etwa 1 700 Arbeitsplätze abbau- en zu wollen. Silvio Berlusconi, der in den Umfragen zur anstehenden Präsidentschaftswahl in Italien in Führung liegt, lehnt eine Übernahme ab.

17.3. Als Reaktion auf die Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen kündigt Staatspräsident Sarkozy Veränderungen in der Kommunikationsstruktur des Elysée-Palasts an. So wird der Posten des Pressesprechers des Elysée-Palasts gestrichen, der erst mit dem Amtsantritt Sarkozys nach amerikanischem Vorbild geschaffen worden war und für eine größere Transparenz der Öffentlichkeitsarbeit hatte sorgen sollen. Größere Bedeutung erhalten damit der Posten des Elysée-Generalsekretärs von Claude Guéant sowie der des außenpolitischen Beraters, den aktuell Jean-David Levitte innehat. Über personelle und strukturelle Veränderungen hinaus kündigt Sarkozy eine neue Reforminitiative an, in deren Zentrum in den kommenden Monaten die Modernisierung der Wirtschaft stehen soll.

17.3. Im Rahmen eines Staatsakts unter Teilnahme von Staatspräsident Sarkozy findet im Invalidendom in Paris die Trauerfeier für den am 12. April im Alter von 110 Jahren verstorbenen Lazare Ponticelli, den letzten Veteranen des Ersten Weltkriegs, statt.

18.3. Staatspräsident Sarkozy stellt Veränderungen im Kabinett vor. Neben einigen Umstellungen in den Zuständigkeitsbereichen und dem Wechsel einzelner Minister und Staatssekretäre zwischen den Ressorts beinhalten diese vor allem die Berufung von sechs neuen Staatssekretären, darunter für die Bereiche Beschäftigung, Familie sowie Entwicklung der Hauptstadtregion.

19.3. In ihrem Haus in der Nähe von Dijon wird die Krebspatientin Chantal Sébire tot aufgefunden. Über Jahre hinweg hatte sie auch in der Öffentlichkeit für die Möglichkeit gekämpft, ihrem Leben mit ärztlicher Hilfe ein Ende zu setzen und dabei auch Staatspräsident Sarkozy um Unterstützung gebeten. Ihre Initiative hatte eine Debatte über eine Reform der Gesetzgebung zur Sterbehilfe ausgelöst. Zwei Tage vor ihrem Tod hatte ein Gericht in Dijon die Vergabe von Medikamenten zur Einleitung des Sterbeprozesses durch Ärzte als eine Form aktiver Sterbehilfe abgelehnt.

21.3. Bei der Vorstellung eines neuen Atom-U-Boots, das den Namen „*Le Terrible*“ trägt, betont Staatspräsident Sarkozy die Bedeutung der französischen Nuklearstreitkräfte für die Sicherheit Europas und ruft die europäischen Partnerstaaten dazu auf, einen verstärkten

Dialog über die Funktion der Abschreckung und die Rolle der einzelnen EU-Mitgliedstaaten für ein Europa der Verteidigung zu führen.

25.3. Angesichts der gewaltsamen Niederschlagung von Aufständen im Tibet durch chinesische Soldaten erklärt Staatspräsident Sarkozy, dass die Teilnahme Frankreichs an allen Veranstaltungen der im August stattfindenden Olympischen Spiele in China noch nicht endgültig feststehe. So schließt er insbesondere einen Boykott der Eröffnungsfeier nicht aus. Daniel Bialian, der Chef des Sportressorts der Rundfunkanstalt *France Télévisions* kündigt an, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen im Falle von Zensur oder Behinderung der Berichterstattung die Übertragung der Olympischen Spiele abbrechen werde.

27.3. Im Rahmen eines Staatsbesuchs in Großbritannien trifft Staatspräsident Sarkozy mit dem britischen Premierminister Gordon Brown zusammen. Beide bekräftigen ihren Willen zu einer Verstärkung der Kooperation zwischen den Staaten, insbesondere in den Bereichen der europäischen Verteidigungspolitik, der bilateralen Industriepolitik sowie bei den Themen Immigration, Transparenz der Finanzmärkte und Klimaschutz. Auch die Entwicklung in Afghanistan ist Thema der Gespräche. In einer Rede vor dem versammelten britischen Ober- und Unterhaus kündigt Sarkozy eine Verstärkung der französischen Truppen in Afghanistan an, wo momentan ungefähr 2200 französische Soldaten stationiert sind.

28.3. Das Statistikinstitut Insee gibt bekannt, dass sich das französische Haushaltsdefizit des Jahres 2007 auf 2,7 % des BIP und die Staatsverschuldung auf ungefähr 64 % des BIP belaufen. Entgegen dem im letzten Jahr von Staatspräsident Sarkozy abgegebenen Versprechen gegenüber den europäischen Partnerländern, das französische Staatsdefizit im Jahr 2007 zu reduzieren, handelt es sich dabei um eine Steigerung des Defizits im Staatshaushalt.

29.3. An einer Demonstration in Paris für eine bessere Unterstützung behinderter Menschen nehmen etwa 16 000 Menschen teil. Sie fordern in erster Linie eine Angleichung der Behinderten-Rente an den gesetzlichen Mindestlohn. Momentan liegt die Rente bei ungefähr der Hälfte des geforderten Betrags. Wenige Tage

vor der Demonstration hatte Staatspräsident Sarkozy eine Erhöhung der Behindertenrente um 5 % angekündigt. Im Wahlkampf hatte er zugesagt, die Rente schrittweise um 25 % zu erhöhen.

31.3. Sechs Mitglieder der Kinderhilfsorganisation „L'Arche de Zoé“ werden aus dem Gefängnis entlassen, nachdem sie vom Präsidenten des Tschad begnadigt worden waren. Sie waren im Dezember 2007 unter dem Vorwurf der versuchten Kindesentführung verhaftet und zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Nach ihrer Auslieferung an Frankreich hatten sie ein Gnadengesuch an den Präsidenten des Tschad, Idriss Déby, gerichtet, der diesem stattgegeben hatte. Die Verurteilung zu einer Schadensersatzzahlung von 6,3 Millionen Euro an die betroffenen Familien bleibt jedoch bestehen.

April

3.4. Bei einem NATO-Gipfeltreffen in Bukarest kündigt Staatspräsident Sarkozy eine weitere Annäherung Frankreichs an die NATO an, die letztendlich zu einer vollständigen Wiedereingliederung in die integrierte Kommandostruktur der NATO führen soll. Im Rahmen des Treffens entscheidet sich die Mehrheit der Gipfelteilnehmer gegen einen sofortigen Beitritt der Ukraine und Georgiens zur NATO, wie ihn die USA gefordert hatten. Um eine Konfrontation mit Russland zu vermeiden, hatten Deutschland und Frankreich stattdessen gemeinsam darauf gedrängt, den beiden Staaten zunächst lediglich einen baldigen Beitritt in Aussicht zu stellen.

4.4. Im Kreis des Kabinetts kündigt Staatspräsident Sarkozy umfangreiche Reformen des Verwaltungssystems an, die zur Senkung der öffentlichen Ausgaben beitragen sollen. Die Veränderungen betreffen vor allem die Bereiche Verteidigung, Außenpolitik und Entwicklung. Hier sollen durch eine Reduktion der Beamtenstellen Einsparungen vorgenommen werden. Weitere Ausgaben senkungen sind im Bereich Gesundheit, sozialer Wohnungsbaus, Finanzhilfen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, Bildung und Justiz vorgesehen.

7.4. Im Rahmen des olympischen Fackellaufs erreicht das olympische Feuer Paris. Aus Protest gegen die Tibet-Politik Chinas finden am Rande der Strecke des Fackellaufs mehrere Demonstrationen statt. Trotz der Präsenz von circa 3 000 Polizisten kommt es immer wieder zu Störungen des Laufs, sodass die Fackel immer wieder in einem Begleitbus geschützt und aus Sicherheitsgründen gelöscht werden muss.

7.4. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion sowie der Finanzkommission des Senats, Jean Arthuis, verlässt die Partei MoDem nach Auseinandersetzung mit dem Parteivorsitzenden François Bayrou. Nach der Niederlage Bayrous bei den Kommunalwahlen in Pau wird dies als erneuter Rückschlag für MoDem und ihre Strategie der Autonomie gegenüber der Regierungspartei gewertet.

7.4. In ganz Frankreich fordern mehrere Tausend Menschen auf Kundgebungen die Freilassung der ehemaligen kolumbianischen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt. Die Politikerin mit französischer und kolumbianischer Staatsbürgerschaft wird seit Februar 2002 von Rebellen der kolumbianischen Guerillaorganisation FARC festgehalten. In mehreren Videobotschaften an die Geiselnnehmer hatte auch Staatspräsident Sarkozy die Freilassung der schwer erkrankten Betancourt gefordert.

9.4. In Berlin stellen Bildungsminister Darcos und der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit Wowerit den zweiten Band des deutsch-französischen Geschichtsbuchs vor, in dem die historische Entwicklung zwischen dem Wiener Kongress 1815 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 aus Perspektive beider Länder dargestellt wird. Der erste Band des Geschichtsbuchs war im Jahr 2006 erschienen.

10.4. Mit einer knappen Mehrheit vor allem aus Stimmen der Regierungspartei UMP wird in der Nationalversammlung ein neues Gesetz zum Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft verabschiedet. Es erleichtert den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen. Mehrere Änderungsanträge, denen während der Debatte stattgegeben worden war, schränken das Gesetz allerdings ein. Kritik an dem Gesetz kommt vor allem von der Opposition und von Umweltverbänden, doch auch viele Abgeordnete des Regierungslagers ent-

halten sich der Stimme. Die Staatssekretärin für Umwelt, Nathalie Kosciusko-Morizet, wirft dem zuständigen Minister für Umwelt, Jean-Luis Borloo, „Feigheit“ bei der Durchsetzung einer stärkeren Kontrolle der Gentechnik vor. Mit dem Gesetz wird auch der seit Herbst 2007 bereits provisorisch eingerichtete „Hohere Rat für Biotechnologie“ als Überwachungsgremium institutionalisiert.

10.4. Der Schriftsteller Jean-Loup Dabadie wird zum neuen Mitglied der Académie française gewählt. Neben einem Roman war er vor allem durch Drehbücher und Liedtexte berühmt geworden, die zu großen Erfolgen, unter anderem durch die Sänger Julien Clerc, Juliette Gréco oder Yves Montand, geworden waren.

11.4. Eine Eliteeinheit der französischen Armee befreit 30 Mitglieder der Besatzung einer Luxusyacht, die am 4. April vor der Küste Somalias von zehn Piraten in ihre Gewalt gebracht worden war, aus der Hand der Geiselnnehmer. Nach Angaben des französischen Generalstabschef Jean-Louis Georgelin hätten die Entführer ihre Geiseln nach Verhandlungen freigelassen; die Reederei der Yacht habe zuvor Lösegeld bezahlt.

11.4. Nach Protesten gegen die Ankündigung der Regierung, dass die *Carte famille nombreuse*, die kinderreichen Familien für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung steht, nicht länger vom Staat finanziert werde, sichert Staatspräsident Sarkozy den Erhalt der Vergünstigung zu. Darüber hinaus kündigt er sogar eine mögliche Ausweitung der Sozialtarife im öffentlichen Nahverkehr an, die allein erziehenden Eltern und Familien mit geringen Einkommen zur Verfügung stehen sollen. Die Eisenbahngesellschaft SNCF soll dabei künftig an der Finanzierung beteiligt werden.

17.4. Im Anschluss an die Besichtigung eines Krankenhauses in Neufchâteau steckt Staatspräsident Sarkozy in einer Rede erste Eckpunkte einer Gesundheitsreform ab. Er fordert unter anderem eine verstärkte Zusammenarbeit der Krankenhäuser mit anderen Sozialeinrichtungen zur Steigerung der Arbeits- und Kosteneffizienz. Außerdem plädiert er für eine Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Arztabschlüsse.

17.4. Im Alter von 94 Jahren stirbt der Schriftsteller Aimé Césaire. Der auf der Insel Martinique geborene Autor hatte sich politisch wie literarisch für eine stärkere Anerkennung Martiniques in Frankreich eingesetzt. Fast 50 Jahre lang war er Mitglied der Nationalversammlung gewesen und gilt als eins der Gründungsmitglieder der kulturphilosophischen Emanzipationsbewegung „Négritude“. Aus seinem Gedichte, Theaterstücke und Essays umfassenden Werk hatte sich insbesondere die Abhandlung „*Discours sur le colonialisme*“ aus dem Jahr 1950 zum Klassiker entwickelt.

17.4. Eine Kommission zur Reform des öffentlichen Dienstes unter der Leitung des Conseiller d'Etat Jean-Ludovic Silicani legt Staatspräsident Sarkozy ein Weißbuch vor, in dem grundlegende Maßnahmen zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes dargestellt werden. So fordert die Kommission unter anderem eine Bezahlung der Staatsangestellten nach Leistung, die Streichung von Stellen im öffentlichen Dienst und eine Reform der Verwaltungsstruktur, die insbesondere die Abschaffung der aktuell ungefähr 700 *Corps* als Untereinheiten der Verwaltung umfasst.

18.4. Bei einem Besuch in Marokko betont Premierminister Fillon den Wunsch Frankreichs, Marokko einen bevorzugten Status gegenüber der Europäischen Union zu verleihen. Im Zentrum der Gespräche mit König Mohammed VI steht darüber hinaus die wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Staaten, beispielsweise der Bau einer TGV-Strecke in Marokko.

19.4. Im Alter von 100 Jahren stirbt nahe Paris die Ethnologin und ehemalige Widerstandskämpferin Germaine Tillion (siehe „Personalien“ in dieser Ausgabe).

21.4. Die Finanzgruppe Wendel kündigt an, die zweitgrößte Verlagsgruppe Frankreichs, Editis, an den spanischen Verleger Planeta verkaufen zu wollen. Zur Editis-Gruppe zählen unter anderem die Verlage Nathan, Plon und Robert. Der Kaufpreis soll bei über einer Million Euro liegen. Editis war erst 2004 nach längerer Auseinandersetzung mit den Kartellbehörden aus der Verlagsgruppe Vivendi Universal ausgegliedert und an die Investorengesellschaft Wendel verkauft worden, um der Gruppe Lagadère eine Übernahme von Vivendi Universal zu ermöglichen.

21.4. Der ehemalige Chef der Internationalen Atomenergiebehörde Claude Mandil legt Premierminister Fillon einen Bericht über die Zukunft der Energiesicherheit in der Europäischen Union vor. Darin fordert er ein verstärktes Bemühen im Bereich der Stromesparung, die Einrichtung einer Notfallversorgung für den Fall einer Energiekrise, eine Verbesserung der Energieinfrastruktur zur langfristigen Überwindung der europäischen Abhängigkeit im Energiesektor sowie einen verbesserten Dialog zwischen Produzentenstaaten, insbesondere Russland, und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

21.4. Der Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, ernannt den Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter, zum Ehrenbürger der Stadt. Die Entscheidung trifft auf massive Kritik von Seiten Chinas, welche die Auszeichnung als Unterstützung der Autonomiebewegung Tibets und Kritik an der chinesischen Tibetpolitik im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking im Sommer 2008 werten. Der französische Außenminister distanzieren sich von der Entscheidung des Pariser Stadtrats.

23.4. Nach einem zweiwöchigen Streik mehrerer hundert Arbeitnehmer in der Region Paris, die ohne Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis oft seit mehreren Jahren in Frankreich beschäftigt sind, kündigt der Minister für Immigration, Brice Hortefeux, eine Einzelfallprüfung an, lehnt jedoch umfangreiche Legalisierungsmaßnahmen ab, wie sie die Angestellten fordern. Anfang der Woche hatten sich Gewerkschaften ebenso wie Arbeitgebervertreter für Legalisierungsmaßnahmen zu Gunsten der Angestellten, die häufig mit gefälschten oder geliehenen Papieren ihre Einstellung erreicht hatten, ausgesprochen. Die Zahl der illegalen Einwanderer in Frankreich, von denen die Mehrheit einem Beruf nachgeht, wird von der Regierung auf bis zu 300 000, von Vereinigungen gar auf bis zu 500 000 geschätzt.

23.4. Der Ministerrat stimmt zentralen Punkten einer geplanten Institutionenreform zu, die auf Vorschlägen einer Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Premierministers Balladur beruhen. Der Staatspräsident erhält das Recht, vor dem Parlament zu sprechen, und seine Amtszeit wird auf zwei aufeinander folgende

Mandate beschränkt. Darüber hinaus wird im Rahmen der Reform das bisher obligatorische Referendum vor dem Beitritt eines neuen Mitgliedstaats zur Europäischen Union abgeschafft. Damit das Gesetz in Kraft tritt, müssen Nationalversammlung und Senat mit einer Mehrheit von drei Fünfteln für das Gesetzesvorhaben stimmen. Die Opposition kritisiert das Reformvorhaben als nicht weitgehend genug.

24.4. Bernard Kouchner, Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, trifft in Berlin 70 Bundestagsabgeordneten, um aktuelle Fragen der Europa-Politik mit ihnen zu erörtern. Die Mehrheit des Bundestags hatte zuvor, in Anwesenheit des französischen Ministers, über den neuen EU-Vertrag abgestimmt. Anschließend hält Bernard Kouchner einen Vortrag an der Berliner Humboldt-Universität auf Einladung des Walter Hallstein-Instituts für europäisches Verfassungsrecht.

24.4. Der Automobilhersteller Peugeot kündigt die Eröffnung einer neuen Motorenfabrik in Trémery (Moselle) an, in der bis zum Jahr 2011 500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

28.4. Arbeitsminister Bertrand stellt in Paris zentrale Punkte eines Reformvorhabens vor, das langfristig die Finanzierung der Renten sicherstellen soll. Die Dauer der Zahlung von Sozialabgaben soll dabei von 40 auf 41 Jahre erhöht werden. Weitere Maßnahmen, beispielsweise finanzielle Erleichterungen für Unternehmen mit einem hohen Anteil älterer Arbeitnehmer an der Belegschaft, sollen darüber hinaus ein längeres Verbleiben der Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt fördern.

28.4. Bei einem zweitägigen Staatsbesuch in Tunesien wirbt Staatspräsident Sarkozy für das Projekt einer Union für das Mittelmeer zwischen der Europäischen Union und den übrigen Mittelmeerrainern. Darüber hinaus steht das Thema Migration im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Sarkozy und seinem tunesischen Amtskollegen Ben Ali. Nach dem Senegal, dem Kongo, Gabun und Benin unterschreibt Tunesien als erster der Maghrebstaaten einen Vertrag über eine privilegierte Einwanderung qualifizierter Arbeitnehmer nach Frankreich.